

Weinert, Günter

**Article — Digitized Version**

## Inflationsspirale vermeidbar

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Weinert, Günter (2000) : Inflationsspirale vermeidbar, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 11, pp. 644-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40627>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**D**er kräftige konjunkturelle Aufschwung im Euroraum und in der übrigen Welt wird durch die drastisch gestiegenen Ölpreise erheblich belastet – auch wenn sich Öl, wie allgemein erwartet, im Laufe des nächsten Jahres wieder merklich verbilligt. Zwar ist die Ölintensität in den Industrieländern in den beiden vergangenen Jahrzehnten infolge von Einsparungen und Substitution deutlich gesunken. Auch ist der Anstieg des Ölpreises in US-\$ gegenüber dem durchschnittlichen Niveau der neunziger Jahre geringer als bei den beiden vorangegangenen Ölpreisexplosionen. Dennoch haben sich die Aufwendungen für die Einfuhr von Rohöl kräftig erhöht. Für den Euroraum verdoppeln sie sich unter Berücksichtigung der Euroabwertung, wie die Institute in ihrem Herbstgutachten dargelegt haben, in diesem Jahr gegenüber 1999 auf 1½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In den USA und in Japan steigt die Ölimportquote etwa halb so stark, auf rund 1%. Im Jahresdurchschnitt 2001 wird sie auf diesen Niveaus verharren.

Die erneute Ölpreisexplosion fällt in eine Phase, in der die Geldpolitik vieler Länder darauf gerichtet ist, eine konjunkturelle Überhitzung zu vermeiden; daher wurden die Leitzinsen seit dem vergangenen Jahr kräftig angehoben. In die gleiche Richtung wirkt die höhere Ölrechnung mit der Umverteilung von Einkommen zugunsten der Öl-exportländer. In den Öl importierenden Ländern fällt mit dem relativ geringeren Realeinkommen Nachfrage aus. Dies wird nicht durch eine entsprechend höhere Nachfrage aus den Ölländern aufgewogen, weil sie die höheren Einnahmen teilweise zur Tilgung von Schulden verwenden.

Aber der Ölpreisschock erschwert zugleich das Bemühen um eine wohldosierte Verlangsamung der konjunkturellen Expansion, nicht zuletzt weil er die Dämpfung



**Günter Weinert**

## **Inflationsspirale vermeidbar**

der realen Nachfrage vor allem über einen stärkeren Preisanstieg bewirkt. Damit aber stellt sich ein zusätzliches Problem: zu verhindern, daß der externe Preisimpuls multiplikative Teuerungseffekte auslöst.

Die direkten Preiseffekte der verteuerten Einfuhr sind auf der Verbraucherstufe rasch sichtbar geworden. Der kräftige Anstieg der Energiepreise hat dazu geführt, daß die Inflationsrate im Euroraum mit zuletzt 2,8% deutlich über die Grenze hinausging, die mittelfristig – nach Definition der EZB – noch mit Stabilität vereinbar ist. Ob diese nachhaltig gefährdet ist, hängt von den Reaktionen von Unternehmen und Arbeitnehmern, aber auch der Zentralbank auf die höheren Ölpreise ab. Soweit Öl als Vorleistung verwendet wird, werden die Unternehmen die gestiegenen Kosten zu überwälzen versuchen. Dieser Prozeß ist im Gange. Bis diese indirekten Effekte voll auf der Verbraucherstufe ankommen, vergeht längere Zeit. Dennoch bildet sich die Teuerungsrate schon bei nicht mehr steigenden Ölpreisen rasch wieder zurück, weil die direkten Preiseffekte nachlassen.

Soll es bei einer nur vorübergehend kräftigeren Teuerung und einer nur temporär langsameren Zunahme von Nachfrage und Produk-

tion bleiben, müssen die Lohnempfänger den durch den Ölpreis bedingten Kaufkraftverlust hinnehmen. Andernfalls besteht die Gefahr, daß sich der außenwirtschaftlich bedingte Preisanstieg verfestigt. Dies müßte die Zentralbank auf den Plan rufen.

Versuche, einen „Ausgleich“ durch stärkere Lohnsteigerungen zu erreichen, sind gegenwärtig in vielen Mitgliedsländern des Euro-raums wenig wahrscheinlich, schon weil die laufenden Tarifverträge teilweise bis weit in das nächste Jahr hinein gelten. Die Hinnahme des Kaufkraftverlustes wird dadurch erleichtert, daß in einigen Ländern Einkommensteuersätze gesenkt und damit die real verfügbaren Einkommen weniger stark beeinträchtigt werden – auch wenn diese Koinzidenz zufällig ist: Die Steuerreformen wurden bereits vor längerer Zeit konzipiert. Zu nennenswerten Sekundäreffekten dürfte es daher vorerst lediglich in einigen kleineren Ländern kommen, in denen der Arbeitsmarkt recht angespannt ist.

Dennoch ist es zu früh, bereits grundsätzlich Entwarnung zu geben. Längere Laufzeiten von Tarifverträgen können zu lediglich verzögerten Reaktionen führen. Hoffnungsvoll stimmt zwar, daß Löhne seit mehreren Jahren vor allem mit Blick auf die erwartete künftige Preisentwicklung – und nicht mehr mit einer den Stabilisierungsprozeß häufig erschwerenden Retrospektive – vereinbart werden. Nachschlagsforderungen können indes nicht ausgeschlossen werden. Die „Bewährungsprobe“ wird indes um so eher bestanden, je günstiger die Preisperspektiven sind. Mit den höheren Zinsen und einer annähernd potentialgerecht expandierenden Geldmenge sind hier wichtige stabilitätspolitische Voraussetzungen gegeben. Werden sie von den Tarifparteien berücksichtigt, bleibt dem Euroraum eine ölpreisinduzierte Inflationsspirale – oder eine nachhaltige Konjunkturschwäche – erspart.